Demokratie praktizieren. Arenen, Prozesse und Umbrüche politischer Partizipation in Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert

Veranstalter: Archiv für Sozialgeschichte; Friedrich-Ebert-Stiftung
Datum, Ort: 10.11.2017–11.11.2017, Berlin
Bericht von: Alexandra Binnenkade, Historisches Seminar, Universität Basel

Mit dem vom Archiv für Sozialgeschichte und der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgerichtete AutorInnenworkshop gaben die HerausgeberInnen der Zeitschrift den Anstoß zu einer vielversprechenden und wichtigen Perspektivverschiebung. Statt sich weiterhin mit makrohistorischen „Cleavages“ zu befassen und danach zu fragen, wie sich die demokratischen Volksparteien herausbildeten und demokratische Spielregeln durchsetzten, die wir heute als grundlegende Elemente des politischen Prozesses kennen, richteten die OrganisatorInnen mit den AutorInnen und KommentatorInnen den Blick auf Praktiken der Demokratie. Mit Referenz an Margaret L. Andersons Studie zum Deutschen Kaiserreich regten sie an, zunächst Praktiken selbst in den Blick zu nehmen. Welche Konsequenzen hatten unterschiedliche demokratische Praktiken auf die Entstehung von Demokratie und wo können HistorikerInnen ertragreich nach solchen Praktiken suchen?

Daraus ergab sich bereits das zweite Interesse des VeranstalterInnen: Die im Verlauf des Workshops verifizierte Annahme, dass sich die Historiographie von Demokratie unter einer praxeologischen Perspektive verändert, dass beispielsweise der Begriff „Demokratie“ prägnanter historisierbar wird. Gleichzeitig erinnerten die PHILIPP KUFFERATH (Bonn / Köln) und ANJA KRÜKE (Bonn) zu Beginn an die Wechselwirkung zwischen demokratischer Ordnung und somit normativen Voraussetzungen und menschlichem Handeln, was nicht nur ein wichtiger Hinweis für die Quellenkritik ist, sondern auch die kreative Verschränktheit zwischen Handeln und Ordnungen hervorhebt.

Praktiken ins Zentrum zu stellen bedeutet auch, einen explizit nichtnormativen Ansatz zu wählen und damit eine räumlich (lokal, na-

tional, transnational) und sozial (class, gender, race) erweiterte historiographische Erzählung zu fördern, die auch alternative Entwicklungen, typische und untypische Prozesse in die Erzählung hereinholen kann. Das Programm war zeitlich breit und ausgewogen gestaltet und präsentierte Fallbeispiele vom frühen 19. bis ins späte 20. Jahrhundert. Dieses Panorama wird sich im erscheinenden Sammelband abbilden, war jedoch am Workshop durch zahlreiche Krankheitsfälle stark eingeschränkt, insbesondere das 19. Jahrhundert konnte nicht genügend berücksichtigt und somit mit den zeitlich späteren Fallbeispielen verknüpft werden.

THEO JUNG (Freiburg) eröffnete den Workshop mit einem Vortrag über Debattenboykotts als parlamentarische Praxis in Irland (1793), England und Frankreich (1823). Aufbauend auf Albert Hirshmans Unterscheidung zwischen „exit“ und „voice“ führte er eine demokratisch-historische Gegenläufigkeit vor. In einer Zeit, in der es hauptsächlich darum ging, im Parlament zu Wort zu kommen, in der politische Partizipation stark an körperliche Anwesenheit und die physische Möglichkeit, seine „Stimme“ im Parlament abzugeben geknüpft war, wurde gerade die Verweigerung, das Schweigen bzw. der Austritt einer Gruppierung zu einer oppositionellen politischen Praxis, mit der die jeweiligen Akteure das Scheitern des Parlament-Gesprächs und damit von Demokratie im damaligen Sinn vorführten. In der Diskussion wurde die Frage geprüft, ob es sich beim Boykott tatsächlich um ein radikales Schweigen handelte, oder ob es sich nicht um einen Bruch gehandelt hat, der stattdessen mit einem Zuwachs an (popular) „voice“ verbunden war. Zugleich ließ der Fall auch Whites Analyse greifbar werden, dass acts of citizenship auch habituelle Brüche sind: Der britische Fall signalisierte auch eine Abgrenzung zu den Whigs. Sich an die „Stimme des Volkes“ zu wenden, machte einen politischen Überlegenheitsanspruch gegenüber den Eliteparlamentariern kenntlich. Ob diese Einschätzung zutrifft oder nicht, in jedem Fall war in der Diskussion unumstritten, dass der Boykott semantisch zu lesen war. Theo Jung ergänzte diese Einschätzung mit dem wichtigen Hinweis auf zahlreiche Beispiele, die belegen,

dass dieser Schritt nur erfolgreich sein konnte, wenn bestimmte körperlich-materielle Regeln eingehalten wurden.

ANNE ENGELST NØRGAARD (Aarhus) führte am Beispiel von zwei politischen Verbänden, der radikalen Handwerker-gesellschaft und der konservativen Bauernorganisation vor, wie der Begriff, das Konzept, die Herleitung von Demokratie in Dänemark um 1848 von statten ging. Demokratie wurde dort zum Kampfbegriff und zur Arena, in der spezifische Interessen eingefordert und als allgemeingültige Errungenschaften diskursiviert wurden. Der Beitrag lud dazu ein, lokale Prozesse in ihrer komplexen Vernetztheit mit parallel verlaufenden ähnlichen Entwicklungen in Europa jener Zeit zu lesen und dies zum Anlass zu nehmen, gerade durch die Einreihung interessanter Lokalstudien in übergeordnete Prozesse über den Aussagewert von Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachzudenken.

NATHALIE LE BOUËDEC (Dijon) stellte eine bislang wenig beachtete Arena demokratischer Praxis vor: Gerichte. Am Beispiel der so genannten Volksrichter zeigte sie, mit welchen Argumenten linke Parteien 1918/19 und um 1949 über die unterschiedlichen Ausgestaltungsformen von Volksgerichten debattierten. Wie sollte die Auswahl der Richter von statten gehen, die „für das Volk“ sprachen? Ging es um soziale Repräsentativität der Richter, um die Erzeugung von Volk-nähe durch Direktkontakt von professionellen Richtern mit Bürgern aller Schichten, oder um die Kontrolle professioneller (bürgerlicher) Richter durch (nichtbürgerliche) Laienrichter? Der Beitrag machte deutlich, dass das eine Historiographie des Etablierens von Regeln und Institutionen vom analytischen Einbezug der Kategorien Klasse und Geschlecht viel gewinnen kann.

ANNA CATHARINA HOFFMANN (Berlin) führte ein zweites, konstruktives Paradox vor, das gerade durch den Blick auf Praktiken erst sichtbar wird. Am Beispiel der Wirtschaftlichen Entwicklungspolitik des Franco-regimes und der Initiativen des Falangistischen Movimiento zeigte sie, wie Praktiken, die wir aus heutiger Perspektive konzeptionell der Demokratie zuordnen, dass nämlich BürgerInnen Briefe an politische Institutio-

nen schreiben oder dass in der Presse kritisch über Personen und den eigenen Staat berichtet wird, auch in einer Diktatur möglich waren. Was bedeutet das für das inhaltliche Verständnis von Demokratie in den 1960er- und 1970er-Jahren sowohl in Spanien wie auch in nicht-diktatorischen Ländern Europas? Was bedeutet es für die analytische Arbeit mit dem Begriff der Demokratie? Die Autorin zeigte, wie letztlich diese „von oben“ eingeführten Handlungsräume „von unten“ zu Praktiken führten, die eine Eigendynamik entfalteten, die aus Regimesicht zu einer Demokratisierung wider Willen führten.

CLAUDIA CHRISTIANE GATZKA (Freiburg) stellte konzeptionelle Überlegungen für ihren Aufsatz vor, in dem sie belegte, dass die Zeit zwischen 1969 und 1980 als Blütezeit westdeutscher Parteiendemokratie verstanden werden muss. Diese Blütezeit entsprach damaliger Wahrnehmung und Claudia Gatzka leitete sie her aus der Stille oder dem politischen Rückzug weiter Teile der westdeutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit und bis in die frühen 1960er-Jahre. Der 68er-Impuls erfasste auch die politische Parteienlandschaft und veränderte die Kommunikationspraxis der PolitikerInnen in den etablierten westdeutschen Parteien. Die öffentlichen Räume westdeutscher Städte wurden neu zu politischen Experimentierfeldern und Kontaktzonen zwischen Politik und „den Leuten“: Bürgerforen, Debatten, Plakataktionen, Wahlversammlungen, Kinderfeste etc. antworteten auf die lautstarke Einforderung unterschiedlicher aber zunehmend grösser werdender Bürgergruppen nach der SprecherInnenrolle. Sie bedienten den Wunsch nach Unterhaltung im Politischen und ergänzten das Profil der Parteien, die sich als Bürger-Dienstleisterinnen positionierten.

GUILIA QUAGGIO (Sheffield) stellte demokratische Praktiken der spanischen und italienischen Friedensbewegungen zwischen 1979 und 1987 vor. Sie konnte darlegen, wie die nukleare Bedrohung zwei politisch so unterschiedlich strukturierte Gesellschaften wie die italienische und die spanische systemübergreifend vereinte. Sozial unterschiedliche Gruppierungen fanden in der Friedensbewegung eine Plattform, durch die neue soziale Gruppierungen auf sich und ihre Anlie-

gen aufmerksam machen konnten. Die Friedensbewegung wurde zu einem Experimentierraum, der in Abgrenzung zu bestehenden politischen Institutionen ein neues Verständnis von Gemeinschaft auszudrücken versuchte.

Der erste Workshop-Tag endete mit dem engagierten Vortrag von JAMES RETALLACK (Toronto), der Einblick in seine Überlegungen zu einer Biografie über August Bebel gab. Der reichhaltige Vortrag bot grundsätzliche Überlegungen zum Schreiben von Biografien, zahlreiche interessante Aktualitätsbezüge, mit Hilfe derer Retallack einerseits Bezug und zugleich auch Distanz zu seinem Forschungsobjekt herstellte, sowie aussagekräftige Bildquellen. Die ZuhörerInnen erhielten einen anhand von vier Perspektiven und sechs Themen geordneten Einblick in das beeindruckende Leben, Denken und Handeln des SPD-Politikers. Retallack, ein hervorragender Kenner des Deutschen Kaiserreichs, zeigte mit seinem Vortrag den Gewinn eines nicht linearen, sondern kaleidoskopischen Blicks auf die Geschichte des langen, komplexen Entstehungsprozesses des Konzepts und der Praxis von Demokratie. Er beendete seine Ausführungen, indem er darauf hinwies, dass ein solcher Blick auf Geschichte nötig ist, um Kompatibilitäten und Inkompatibilitäten vergangener Entwicklungen aufzuzeigen und uns damit im heute zu ermächtigen, politisches Geschehen einzuordnen.

Den zweiten Tag eröffnete HARM KAAL (Nijmegen) und berichtete über „Desktop-Politics“ als demokratische Praxis in den Niederlanden in den Jahren zwischen 1965 und 1990. Ausgehend von der Definition, dass moderne Demokratien partizipatorisch sind, fragte er nach den Veränderungen des praktischen Repertoires, mit dem Menschen als Bürgerinnen und Bürger handeln. Kaal bearbeitet einen Quellenkorpus von dreihundert Briefen, die 1966 Menschen unterschiedlichster Herkunft und mit unterschiedlichen Absichten an Premierminister Kals schickten, in denen sie im Anschluss an einen am Fernsehen übertragenen Budget-Eklat Kontakt mit dem Politiker aufnahmen. Diese Briefe waren Teil einer Praxis die Kaal „Desktop-Politics“ nennt und die – in Abgrenzung zu formalen demokratischen Praktiken wie Petitionen – zum

erweiterten Repertoire informeller, individueller Handlungsoptionen einzelner BürgerInnen gehört. Diese Briefe versteht er als Zeichen und Element von einer sich herausbildenden „culture of responsiveness“, die dazu führte, dass in den 1970er-Jahren wie in anderen europäischen Ländern auch in den Niederlanden neue Arenen für den Austausch zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen geschaffen wurden.

LIESBETH VAN DE GRIFT (Utrecht) führte als Arena nichtnormativen politischen Handelns die sich in den 1960er- und 1970er-Jahren konstituierenden Konsumentenschutzvereinigungen ein. Als klassische Interessengruppen waren Konsumentenschutzvereinigungen im doppelten Sinn politisch: Einerseits bildeten sie eine Plattform, auf der sich neue politische Akteurinnen und Akteure etablieren konnten, insbesondere Frauen. Diesen sich etablierenden Netzwerken gelang es, neue politische Themen zu setzen (Umweltschutz / Nahrungsmittelsicherheit). Andererseits war die Konsumentin, der Konsument eine neue Figur des Politischen, welche die transnationale Aktivierung von Menschen unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeiten ermöglichte. Liesbeth van de Grift zeigte am Beispiel des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, wie das nicht-normative Handeln der KonsumentenschützerInnen normativ werden konnte, als die Europäische Kommission Forderungen der Interessengruppen in geltendes Recht umwandelte.

CHRISTOPHER BANDITT (Potsdam) ging dem gescheiterten Versuch einer demokratischen Praxis nach: der Verfassungsdiskussion während der deutschen Wiedervereinigung. Die Verfassung ist ein Text, der den Anspruch hat, eine Gesellschaft zu definieren und ist daher ein zentraler gesellschaftlicher Ort, an dem zukünftige Machtkonstellationen festgelegt werden. Er zeigte auf, welche beiden unterschiedlichen Konzepte 1989 zur Debatte standen und lieferte damit die Grundlage, den Begriff der Bürgerpartizipation im Sinn der Tagung neu zu überdenken. Denn auf der einen Seite wurden in der Verfassung normative Vorstellungen über die Bürgerin, den Bürger als in einer Demokratie handelnde Akteure formuliert. Gleichzeitig konnten die an die

sen Verhandlungen beteiligten PolitikerInnen konkret handelnde BürgerInnen beobachten. Diese unterschiedlichen partizipativen Praktiken, normative und empirische, lassen sich in ihrem Spannungsverhältnis analysieren.

Insgesamt rückte der Autorenworkshop interessante neue Aspekte auf politische Prozesse in den Vordergrund: Die Vorträge behandelten klassische Arenen wie das Parlament auf unerwartete Weise, und präsentierten neue Arenen wie den Schreibtisch, die Fußgängerzone, das Sitzungszimmer. Sie analysierten und kontextualisierten das Handeln von Politikern, Konsumentenorganisationen, Parteien und damit vornehmlich Strategien und Verfahren der demokratischen Legitimation aus einer institutionellen Handlungsperspektive. Dass dabei mehrheitlich corporate institutions im Fokus standen, war ein Effekt der konsultierten Quellen und der Ordnung der Archive. Inhaltlich wurden zahlreiche Parallelen sichtbar, aufgrund der Krankheitsausfälle hauptsächlich zwischen den europäischen Gesellschaften der Nachkriegszeit, was den Ansatz der OrganisatorInnen bestätigte, weil dadurch deutlich wurde, dass Travelling Concepts und Synchronizität entscheidende, aber bislang in der Analyse tendenziell unterbelichtete Prinzipien lokaler Entwicklungen waren. Die Historiographie demokratischer Praktiken profitiert von einer transnationalen Perspektive, die meines Erachtens dann besonders fruchtbar ist, wenn sie sichtbar machen kann, dass Makro- und Mikroebenen einander entsprechen (responsiveness and entanglement).

Zwei zentrale Begriffe wurden in diesem Zusammenhang immer wieder diskutiert: Demokratie und Praktik. Vielleicht hätte der stärkere Einbezug des Keynote-Vortrags von James Retallack in dieser Hinsicht interessante Impulse geben können. Historiographisch stand Bebel im Tagungsablauf für die Sicht der kleinen Leute, der Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich durch marschieren, rufen, stehen, drucken, lesen, durch organisieren, durch das spontane und strategische Antworten auf unterschiedlichste Formen von Gewalt eine Stimme gaben. Vielleicht könnte die Unterscheidung zwischen „acts of citizenship“ und „doing democracy“ die in Berlin gemachten Überlegungen wei-

terführen. Sie zwingt zu einer stärkeren Definition von „Praktiken“ – was sind Praktiken in Abgrenzung zu einfachem Tun? Wen beobachten wir als HistorikerInnen und weshalb? Wie lassen sich Praktiken historisieren? Wie wirken normative Vorgaben auf das, was als demokratische Praktiken gefasst werden soll und umgekehrt? Wie wird das Handeln „der Anderen“ in das eigene Handeln vorwegnehmend eingebaut? Derartige Klärungen werden vermutlich die gegenseitige Verschränktheit beziehungsweise die Situativität des jeweiligen Handelns in den Vordergrund rücken. Dadurch könnten die AutorInnen auch die den dialogischen Charakter demokratischen Handelns stärker fruchtbar machen. Zu dieser Dialogizität, zur Wahrnehmung des Anderen, gehören auch Gender und Class, zwei Kategorien, die in den in Berlin präsentierten Vorträgen noch eine geringe Rolle spielten. Class und Gender (Race?) generieren Fragen, die gerade im Hinblick auf die beiden zentralen Begriffe Erklärungspotential haben. Es wäre zweifellos ein Gewinn, wenn sie im 58. Band des Archivs für Sozialgeschichte mehr Raum erhielten.

Konferenzübersicht:

Philipp Kufferath / Anja Kruke (Bonn): Begrüßung und Einführung

Theo Jung (Freiburg): Auftritt durch Austritt. Debattenboykotts als parlamentarische Praxis in Großbritannien und Frankreich (1797–1823)

Moderation: Friedrich Lenger (Gießen)

Anne Engelst Nørgaard (Aarhus): Challenging the Possible. The Concept of Democracy in 1848

Moderation: Meik Woyke (Bonn)

Nathalie Le Bouëdec (Dijon): Demokratie im Gericht praktizieren? Ansätze zur Realisierung der Volkssouveränität in der Rechtsprechung in Deutschland um 1918/19 und um 1949

Anna Catharina Hofmann (Berlin): Politische Partizipation vor der Demokratisierung? Demokratische Praxis in der veröffentlichten Meinung und in den Cortes unter dem Francoregime (1966–1975)

Moderation: Thomas Mergel (Berlin)

Claudia Christiane Gatzka (Freiburg): Die Blüte der Parteiendemokratie. Politisierung als Alltagspraxis in westdeutschen Wahlkämpfen 1969–1980

Giulia Quaggio (Sheffield): Social Movements and Participatory Democracy: Protests for Peace in Italy and Spain during the Second Cold War (1979–1987)

Öffentlicher Abendvortrag

Moderation: Ute Planert (Köln)

Begrüßung: Anja Kruke (Bonn)

James Retallack (Toronto): August Bebel. A Life for Social Democracy

Moderation: Anja Kruke (Bonn)

Harm Kaal (Nijmegen): The Voice of the People. Popular Perceptions of Political Representation, 1965–1990

Liesbeth van de Grift (Utrecht): Representing European Society: The Economic and Social Committee and the Rise of New Representative Claims in the European Political Arena in the 1970s

Moderation: Beatrix Bouvier (Bonn)

Christopher Banditt (Potsdam): Bestrebungen zur Neuordnung der politischen Teilhabe in der Verfassungsdiskussion der deutschen Wiedervereinigung

Tagungsbericht *Demokratie praktizieren. Arenen, Prozesse und Umbrüche politischer Partizipation in Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert*. 10.11.2017–11.11.2017, Berlin, in: H-Soz-Kult 20.02.2018.